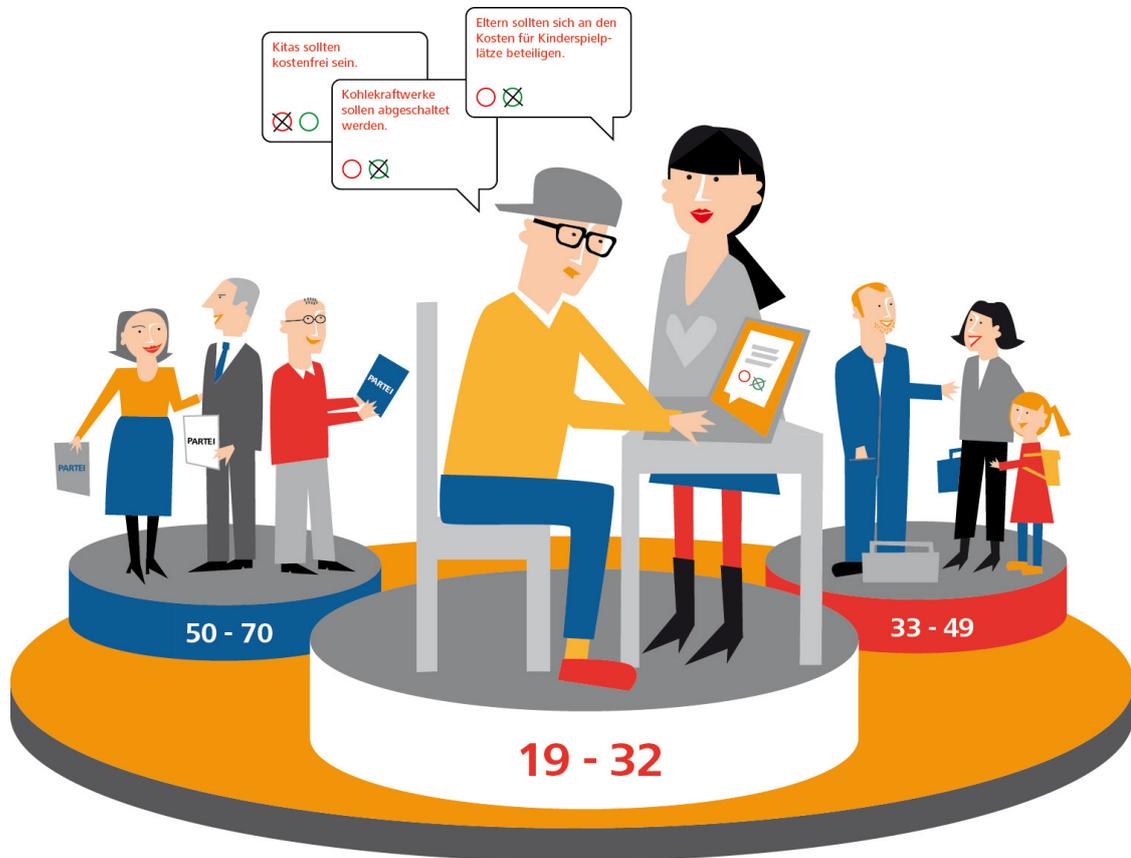


EINWURF

ZUKUNFT DER DEMOKRATIE 3 | 2014



Generation Wahl-O-Mat – wie zukunftsfähig ist unsere Demokratie?

Autoren



Christina Tillmann
christina.tillmann
@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81335



Rose Beaugrand
rose.beaugrand
@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81514

Jüngere entscheiden politisch pragmatischer und stärker orientiert an den eigenen Bedürfnissen der Gegenwart als Ältere. Die Zukunftsorientierung ist jedoch kein Alterseffekt, sondern geprägt von der politischen Sozialisation der jeweiligen Generation: Leitbilder und politische Weltanschauungen erzeugen bei den heute Älteren eine stärkere Zukunftsorientierung, während die Jüngeren als „Generation Wahl-O-Mat“ eher gegenwartsorientiert handeln. Was bedeutet das für die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel?

Quellenverweis

Alle im Text genannten Zahlen und die Einordnung der Generationen finden sich im Detail in der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung und des rheingold instituts, die unter Mitwirkung des Instituts für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde:

Vehrkamp, Grünewald, Tillmann, Beaugrand (2014): Generation Wahl-O-Mat – 5 Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel. Gütersloh.

Der Wahl-O-Mat ist ein interaktives Wahltool der Bundeszentrale für politische Bildung. Es wurde seit seiner Einführung 2002 ca. 43 Millionen Mal genutzt. Vgl. dazu www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/ Wahl-O-Mat ist eine geschützte Marke der Bundesrepublik Deutschland.

Die Demokratie steht seit jeher unter dem Verdacht, nicht hinreichend zukunftsfähig zu sein. Ihre Taktung in kurzen Wahlperioden und ihre Neigung zu Machterhaltung, Wahlgeschenken und Stimmenmaximierung führe häufig zu einer Fokussierung der Gegenwart zu Lasten der Zukunft. Diese Schwäche der Demokratie werde durch den demographischen Wandel noch einmal dramatisch verschärft: Bei der Bundestagswahl 2013 war erstmals die Hälfte aller Wahlberechtigten 50 Jahre oder älter. Die Diskussionen über die „Rente mit 63“ und die „Mütterrente“ im vergangenen Wahlkampf deuten darauf hin, dass Politik bereits heute versucht, sich immer stärker an den Interessen eben dieser Älteren zu orientieren. Es entsteht der Eindruck, dass wir schon jetzt in einer Rentnerdemokratie leben, in der die Älteren das Sagen haben und die Interessen der Jüngeren in den Hintergrund rücken.

Doch ist das wirklich so? Wie unterschiedlich sind die Zeithorizonte der Generationen und was bestimmt den Grad der politischen Gegenwarts- bzw. Zukunftsorientierung in der Bevölkerung? Welchen Einfluss hat das Alter bzw. die Generationszugehörigkeit auf die Langfristigkeit der politischen Präferenzen? Wie beeinflussen eigene Kinder den politischen Planungshorizont der Eltern? Und schließlich: Führt die sogenannte Rentnerdemokratie wirklich zu einer stärkeren Gegenwartsorientierung der Politik?

Zu diesen Fragen liegen neue Erkenntnisse aus qualitativer und quantitativer Forschung vor. Sie lassen viele der Annahmen in der Debatte über die sogenannte Rentnerdemokratie in neuem Licht erscheinen.

Krisenerfahrungen führen zum Rückzug in die Gegenwart

Statt Zukunftshoffnung und Veränderungsoptimismus überwiegt heute bei vielen Menschen der Wunsch nach permanenter Gegenwart. Die Bewahrung des Status quo ist wichtiger als Veränderung, die als Gefährdung wahrgenommen wird. Über alle Generationen hinweg ist ein Rückzug der Menschen auf das Hier und Jetzt, auf die Gegenwart, zu beobachten.

Dazu haben erstens zahlreiche Krisenerfahrungen beigetragen, wie z. B. die Anschläge des 11. September, die Atomkatastrophe von Fukushima, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Krise im Euroraum. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Krisenländern gilt vielen als Menetekel einer schlechteren Zukunft. Das Beste, auf das man vor diesem Hintergrund noch hoffen kann, scheint die Bewahrung des Status quo zu sein, das Einrichten in einer Art permanenter Gegenwart, in der alles für immer sein soll wie es heute ist – der Fokus auf das Hier und Jetzt wird stärker, während gleichzeitig der Planungszeithorizont schrumpft.

Zweitens nehmen viele Menschen Politik als Krisenmanager mit kurzfristigen Reaktionen auf akute Probleme wahr. Sie beobachten ein „Segeln-auf-Sicht“ ohne Zukunftsvision, in dem Parteipositionen zu Gunsten von Machterhalt aufgegeben

werden. Einheitliche Linien und Strategien über Politikfelder hinweg sind für die Bürger in der „Supermarkt-Logik“, der die Politik folgt, wenn sie für jeden etwas anbieten möchte kaum noch erkennbar; Bürger passen sich diesem kurzfristigen Planungshorizont von Politik an.

„Eine politische Haltung ist wie eine Ideologie, wie man ausgerichtet ist. Was man als böse und was man als gut ansieht. In eine spezifische Richtung zu denken, koste es, was es wollte.“
(w, 46, kein Kind)

Zitat aus den Interviews zur Studie „Generation Wahl-O-Mat“

Und drittens empfinden Bürger die politische Wirklichkeit als hochkomplex: Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurokrise sind für sie ebenso wenig durchschaubar, wie die Auswirkungen von Rentenreformen. Nur noch Experten sind ihrer Meinung nach in der Lage, Entscheidungen und

Priorisierungen zu treffen. Aus dieser gefühlten Überforderung heraus entsteht das Bedürfnis nach Vereinfachung und Reduktion, nach Rückzug auf das Greifbare und Unmittelbare der Gegenwart, so dass der Zeithorizont der politischen Planung immer kleiner wird.

Stabile politische Leitbilder fördern Zukunftsorientierung

Die Menschen, die dennoch eine vergleichsweise langfristig angelegte Zukunftsorientierung an den Tag legen, verbindet das klare Leitbild einer politischen Weltanschauung: Je stärker die Verankerung in einer politischen Weltanschauung, umso stärker die Zukunftsorientierung. Weltanschauliche Verankerung fungiert als ein Referenz- und Orientierungsrahmen, anhand dessen politische Entscheidungen getroffen werden und der individuelle Interessen und Bedürfnisse ordnet und reguliert. Das kann bedeuten, dass eine Wahlentscheidung auch gegen die aktuellen eigenen Interessen gefällt wird, wenn die Übereinstimmung mit dem grundsätzlichen Leitbild der Partei groß ist. Ist zum Beispiel der Umwelt- und Klimaschutz als normatives Leitbild verankert, erhöht das häufig die Akzeptanz höherer Energiekosten oder die Bereitschaft zum Energiesparen in der Gegenwart zu Gunsten eines besseren Klimas in der Zukunft. Politische Leitbilder wirken demnach handlungsleitend und erzeugen Zukunftsorientierung.

Anders ist das bei Menschen, die ohne konstante politische Leitbilder als Orientierungsrahmen sind: Sie agieren pragmatischer und stärker abhängig von ihren individuellen Präferenzen in der jeweils konkreten Entscheidungssituation – sie handeln dann mehr auf Sicht und mit einem eher kurzfristigen Planungs- und Zeithorizont. In diesem Fall bestimmen die eigenen Bedürfnisse und die Herausforderungen des Alltags die politischen Entscheidungen. Eine solche Art der Entschei-



Zur Person

Stephan Grünwald ist Mitgründer und Geschäftsführer des rheingold instituts. Er ist Diplom Psychologe, ausgebildeter Therapeut und Autor von „Deutschland auf der Couch“ und „Die erschöpfte Gesellschaft“. Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit zählt aktuell die Kultur- und Trendforschung, bei der er sich mit dem Lebensgefühl der heutigen Jugend beschäftigt hat. Der Einwurf hat ihn zu den Themen Generation Wahl-O-Mat und die Entwicklung des Wahlverhaltens befragt.



dungsfindung kann dann zum Beispiel dazu führen, dass die „Rente mit 63“ unterstützt wird, weil man sie selbst irgendwann in Anspruch nehmen möchte. Die dadurch in Kauf genommenen Nachteile durch die zukünftig anfallenden Kosten für die jüngeren Generationen, selbst der eigenen oder derjenigen der eigenen Kinder, werden zwar wahrgenommen, sind aber letztlich nicht entscheidungsrelevant.

Gibt es ein Muster, an dem sich die Verteilung der weltanschaulichen Festigkeit, der Leitbilder und der damit verbundenen Zukunftsorientierung in der

Bevölkerung ausrichtet? Folgt man der öffentlichen Debatte, so könnten sowohl das Alter bzw. die Generationszugehörigkeit als auch eigene Kinder eine Erklärung bieten. Die vorliegenden neuen Ergebnisse zeigen zwar, dass diese beiden Faktoren Einfluss haben, allerdings anders als man intuitiv erwarten würde, denn: Jüngere entscheiden kurzfristiger und gegenwartsorientierter als Ältere und Menschen mit Kindern entscheiden nicht zukunftsorientierter als Kinderlose. Warum ist das so?

Generation Wahl-O-Mat: Jüngere entscheiden gegenwartsorientierter als Ältere

Nicht das Lebensalter, sondern die politische Sozialisation und die weltanschauliche Prägung der eigenen Generation erklären den Grad der Gegenwarts- oder Zukunftsorientierung. Leitbilder und weltanschauliche Prägung erzeugen Zukunftsorientierung, während weltanschauliche Neutralität und die Abwesenheit von Leitbildern eine eher pragmatische Orientierung an der Gegenwart fördern. Die heute jüngere Generation (19 bis 32 Jahre) wuchs ohne polarisierende politische Debatten auf, die eine eigene weltanschauliche Positionierung erfordert oder gefördert hätten. Ohne diese polarisierenden Konfliktlinien war eine eigene Verortung auf der politisch-weltanschaulichen Landkarte nicht erforderlich. An die Stelle übergreifender politischer Erklärungsansätze, aus denen sich Orientierung und Positionierung ableiten lassen, treten vor allem die individuellen und situativen Bedürfnisse der Gegenwart als Bewertungsmaßstab einzelner Politikbereiche. Instrumente wie der Wahl-O-Mat helfen dann bei der Orientierung in der „Angebotsvielfalt“ der Parteien. Die eher kurzfristige Gegenwartsorientierung überwiegt in dieser Generation.

Die ältere Generation (50 bis 70 Jahre) dagegen hat in ihrer Mehrheit klare politische Leitbilder und Weltanschauungen und leitet aus diesem Orientierungsrahmen auch ihre politischen Präferenzen und Entscheidungen ab. Die Älteren haben sich deutlich stärker weltanschaulich geprägt mit gesamtgesellschaftlichen politischen Fragen beschäftigt: Themen wie der Kalte Krieg oder die 68er-Bewegung nahmen

einen so prominenten Platz in ihrem Alltag ein, dass sie ein politisches Weltbild entwickelten. Diese Weltbilder leiten die Entscheidungen der älteren Generation häufig stärker als die individuellen und situativen Bedürfnisse der Gegenwart. Im Ergebnis folgt daraus eine stärkere Zukunftsorientierung der politischen Präferenzen und Entscheidungen.

Die mittlere Generation (33 bis 49 Jahre) bewegt sich zwischen den beiden anderen Generationen: Sie haben von ihren Eltern den Anspruch ererbt, dass eine politische Weltanschauung etwas Gutes ist, haben selbst jedoch keine entwickelt. Im tatsächlichen Handeln ähneln sie daher eher der jüngeren

Generation und wägen pragmatisch anhand ihrer situativen Bedürfnisse ab. Diesen Konflikt zwischen Anspruch und Realität des eigenen Handelns nehmen sie sehr wohl wahr und zeigen oft ein Gefühl der Zerrissenheit.

Die Kopplung von Zukunftsorientierung und politischer Sozialisation legt nahe, dass es sich dabei nicht um einen Alterseffekt, sondern um einen Generationeneffekt handelt. Das bedeutet jedoch auch, dass die heute Jüngeren mit zunehmendem Alter nicht

automatisch zukunftsorientierter werden. Ihre generationenspezifisch stärkere Gegenwartsorientierung bleibt als prägende Eigenschaft erhalten und gewinnt im demographischen Wandel an Bedeutung und Dominanz in der Gesamtbevölkerung.

Menschen mit Kindern handeln gegenwartsorientierter als Kinderlose

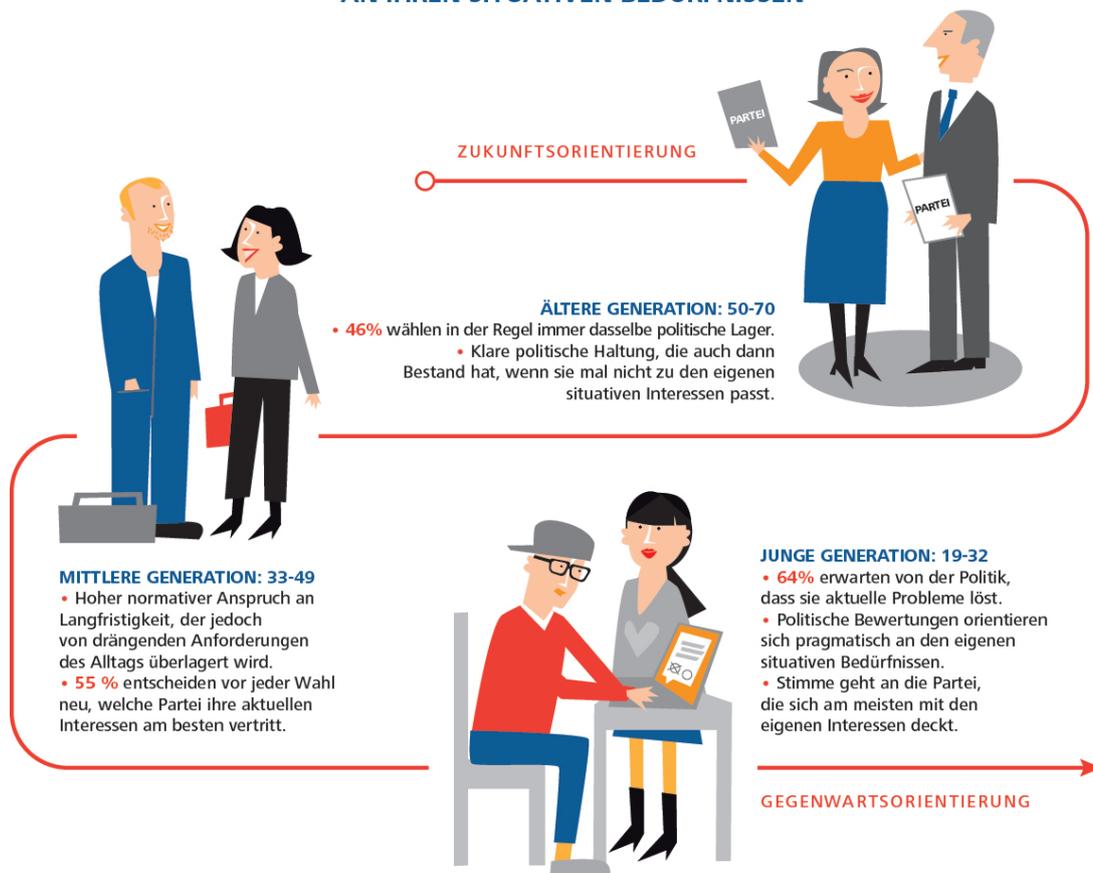
Welchen Einfluss haben nun, zusätzlich zur Generationenzugehörigkeit, eigene Kinder auf den Zeithorizont der politischen Planung ihrer Eltern? Menschen mit Kindern haben häufig an sich selbst den Anspruch einer stärkeren Zukunftsorientierung – die Sicherung der Zukunft ihrer Kinder ist ein zentrales Anliegen. Kinder zu bekommen ist für die meisten Eltern ein Wendepunkt in ihrem Leben; die Fürsorge für das Kind und seine Zukunft stehen im Mittelpunkt.

Faktisch dominieren jedoch häufig die hohen Anforderungen des Erziehungs- und Familienalltags die längerfristige Perspektive. In den Lebensphasen der Kindererziehung entscheiden Menschen deshalb situativer und gegenwartsbezogener als Menschen ohne Kinder. Die akuten Bedürfnisse bestimmen die Agenda und lassen die Sicherung der Zukunftsfähigkeit in den Hintergrund treten. Erst wenn die Kinder größer werden und die unmittelbaren Anforderungen des Alltags nachlassen, erlaubt eine weniger beanspruchende Gegenwart wieder eine stärkere Orientierung an den längerfristigen Herausforderungen der Zukunft.

„Ich habe zurzeit viel um die Ohren, da waren bis jetzt der Umbau im Haus und die Kindergeburtstage. Da rückt das andere, langfristige Denken in den Hintergrund, muss ich gestehen.“ (w, 47, 2 Kinder)

Zitat aus den Interviews zur Studie „Generation Wahl-O-Mat“

JÜNGERE ORIENTIEREN POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN PRAGMATISCH AN IHREN SITUATIVEN BEDÜRFNISSEN



Das bedeutet: Kinder steigern zwar den eigenen Anspruch an langfristige und zukunftsfähige politische Entscheidungen, dieser ist aufgrund der alltäglichen Herausforderungen allerdings kaum aufrechtzuerhalten. Stattdessen verstärken sich im Handeln sogar eher der Pragmatismus und die Kurzfristorientierung.

Dies wirft ein neues Licht auf die Diskussion über das Kinderwahlrecht, bei dem Eltern stellvertretend für ihre minderjährigen Kinder eine Stimme abgeben. Das Kinderwahlrecht wird häufig als ein Weg diskutiert, mehr Langfristorientierung und Generationengerechtigkeit in die Politik zu bringen. Wenn es aber nun so ist, dass Eltern jüngerer Kinder in der Tendenz noch kurzfristiger und pragmatischer entscheiden als diejenigen ohne Kinder, steht eher zu befürchten, dass die Gegenwartsorientierung durch die zusätzlichen Stimmen der Kinder verstärkt würde.

Der Wunsch nach langfristiger Zukunftssicherheit

Das Bedürfnis nach langfristiger Stabilität und Sicherheit durch eine stärkere Zukunftsorientierung der Politik ist über alle Generationen hinweg groß – trotz oder gerade wegen der Gegenwartsorientierung im eigenen Handeln. Der Rückzug in die Gegenwart verstärkt offensichtlich bei vielen Menschen das schlechte Gewissen, die Zukunft zu vernachlässigen. Eigentlich erwarten die Bürger von der Politik zukunftsorientiertes Handeln und das Bemühen um die Lösung langfristiger Probleme.

54 Prozent der Bevölkerung denken, Politik solle langfristig orientiert handeln; sie fühlen sich unwohl in ihrer Wahrnehmung, dass Politik nur reagiert und kurzfristiges Krisenmanagement betreibt anstatt sich zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit um die langfristigen Probleme und Herausforderungen zu kümmern. Viele Menschen wünschen sich deshalb eine stärkere Bindung der Politik an die Langfristperspektive. Dazu werden Institutionen wie zum Beispiel Sachverständigenkommissionen und Expertenräte gefordert: Von ihnen erhofft man sich zum einen eine Minimierung gegenwartsbezogener Kurzfristinteressen und zum anderen die längerfristige Orientierung politischer Entscheidungen über die begrenzten Zeithorizonte einer Wahlperiode hinaus.

Facettenreiches Gesamtbild zur Zukunftsfähigkeit im demographischen Wandel

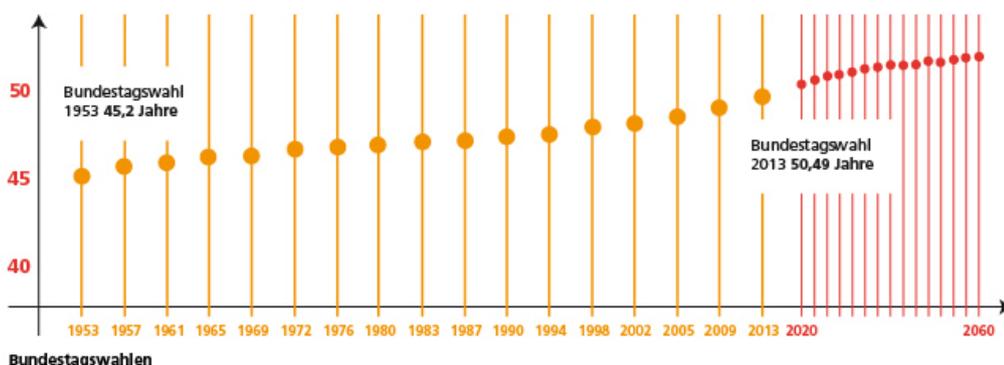
Diese Befunde zeichnen ein facettenreiches Gesamtbild zur Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel. Zum einen zeigt sich, dass viele der herrschenden Urteile und Befürchtungen zur heraufziehenden Rentnerdemokratie überzogen sind: Die heute Älteren sind aufgrund ihrer stärkeren weltanschaulichen Prägung häufig zukunftsorientierter als die Jüngeren, die ohne festgefügte Leitbilder eher pragmatisch und situativ entlang ihrer kurzfristigen Gegenwartsinteressen entscheiden. Die Dominanz der heute älteren Generation stärkt deshalb sogar eher die Zukunftsorientierung der Wählermehrheiten.

Zum anderen zeigt sich aber auch: Die eigentliche Herausforderung des demographischen Wandels für die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie liegt erst in der ferneren Zukunft, wenn die heute Jüngeren und die heute mittlere Generation als die Rentner

von übermorgen die Wählermehrheiten stellen. Erst dann wird die Rentnerdemokratie tatsächlich geprägt sein durch Generationen, die aufgrund ihrer politischen Sozialisation gegenwartsorientierter handeln und entscheiden als ihre Eltern und Großeltern heute.

ALTERSENTWICKLUNG DES MEDIANWÄHLERS

Alter des Medianwählers



Darüber hinaus gibt es - trotz oder gerade wegen des Rückzugs vieler Menschen in die Gegenwart - eine über alle Generationen hinweg bestehende Sehnsucht nach Zukunftssicherheit und die Erwartung an die Politik sich darum zu kümmern.

Weiterführende Literatur:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013): Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD Ländervergleich. Gütersloh.

Schmidt, Renate (2013): Lasst unsere Kinder wählen!. München.

Stein, Tine (2014): Zum Problem der Zukunftsfähigkeit der Demokratie. In: Kann Demokratie Nachhaltigkeit? (Hrsg.) Gesang, Bernward. Wiesbaden: 47–63.

Tremmel, Jörg (2014): Parlamente und zukünftige Generationen – das 4-Gewalten-Modell. In: APuZ 38–39.

Braucht unsere Demokratie eine „Odysseus-Strategie“?

Wie aber kann die Zukunftsorientierung gefördert werden? Wie kann Politik davor bewahrt werden, die Gegenwartsorientierung zu bedienen und dafür die langfristige Absicherung der Zukunft zu vernachlässigen? Wie kann die Politik dem Bedürfnis vieler Menschen nach Zukunftssicherheit Rechnung tragen, auch wenn ihr politisches Handeln eher gegenwartsorientiert ist?

Das Bild einer „**Odysseus-Strategie**“ drängt sich auf: In der griechischen Sage ließ sich Odysseus an den Mast seines Schiffes binden, damit er nicht in Versuchung geriet, sein Schiff in Richtung des verlockenden Gesangs der Sirenen zu lenken – so sehr er auch wollte. Eine ähnliche Strategie könnte die Politik nutzen, um nicht der „Verlockung“ der Kurzfristigkeit zu erliegen. Regelungen oder Institutionen, mit dem Auftrag für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen, sind ein möglicher Weg, mit einer an Odysseus erinnernden Strategie sicherzustellen, dass Politik an das Grundsatzziel der Zukunftsorientierung gebunden wird.

Das Kyoto-Protokoll ist ein Beispiel für den Versuch einer solchen Selbstverpflichtung: Staaten verpflichten sich, Treibhausgase zu reduzieren. Sie begrenzen damit selbst ihre Handlungsmöglichkeiten in der Wirtschaftspolitik, um die natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu schützen. Da die Sanktionsmöglichkeiten für Verstöße gegen diese Selbstverpflichtung fehlen, ist die Wirksamkeit jedoch stark beschränkt. Von Nachhaltigkeitsprüfungen bis hin zum Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung gibt es auch in Deutschland bereits Versuche der Politik, sich selbst „Fesseln anzulegen“. Um solche Selbstbindungen der Politik zu verbessern, wären weitere Schritte notwendig. Diese sollten jedoch nur auf der Grundlage eines breiten Konsenses gegangen werden: Sind wir alle als Bürger und Wähler wirklich bereit, bestimmte Entscheidungen den demokratisch legitimierten Akteuren und der vorherrschenden Gegenwartsorientierung zu entziehen um eine stärkere Zukunftsorientierung zu sichern? Eine Debatte, die sich im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel lohnt!

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81526

Redaktion: Christina Tillmann, Dr. Dominik Hierlemann

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105
September 2014 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.